

Hallische Zeitung

Infectionsgebühren für die fünfgrößte Seite oder deren Raum 18 Pf., im Total-Ansatzge zweipfennig 15 Pf.

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark 80 Pfennig, durch die Post bezogen 4 Mark 50 Pfennig.

Verlag der „Actiengesellschaft Hallische Zeitung“ im vorm. G. Schwefelsche'schen Verlage. (Hallischer Courier.) Verantwortlicher Redacteur: Dr. F. Gumbler in Halle.

N 210.

Halle, Freitag den 8. September.

1882.

Ueber die Steuerreformpläne der Regierung

schreibt unser Berliner X-Correspondent heute ebenso scheinbar als sachlich: Der eine Stellung erörtern will, wird sich entschließen müssen, mehrere Methoden zu versuchen. Seitdem die Regierung das Erleben müssen, daß ihre großartig angelegten Steuerreformpläne von der Opposition nur als Stoßwort benutzt wurden, die Regierung zur Kritik sich gezwungen sah, hat die Opposition sich hervorgehoben, scheint sie überzeugt zu sein, daß auf diesem Wege nicht zu weiterzukommen ist. Was haben ihre Diskussionen über Steuerprojekte genützt, was haben dem Volk die Steuerprogramme gebracht, wenn sich keine Hand im Parlament rührte, um sie zur Verwirklichung zu bringen? Das Volk profitirt an der weiteren Fortsetzung geheimer Diskussionen über allgemeine Steuerfragen nichts. Die Regierung aber hat die Steuerreform nicht in eigenem Interesse auf die Tagesordnung gesetzt, sondern nur um dem Volk Erleichterungen zu verschaffen. Solch letzteres nicht her auszugehen, kann wird eben der Versuch gemacht werden müssen, die Sache von einer anderen Seite aus anzufassen.

Die Regierung besteht unabweisend fest auf ihrem Programm, aber sie wird es, wie verstanden, bruchstückweise zur Ausführung zu bringen und dabei in weiser Beschränkung Schritt für Schritt vorzugehen suchen. Zunächst also würde sie allein in der Aufhebung der vier untersten Etagen der Klassensteuer in 8 Tage lassen, was etwa einen weiteren dauernden Steuererlaß von 20 Millionen A. bedeutet. Das Volk wird in den Wahlen zu entscheiden haben, ob die Steuerzahler, welche ein jährliches Einkommen bis zu 1200 A. haben, von der Steuer befreit werden sollen oder nicht.

Indem die Regierung sich auf den Boden dieser praktischen Methoden stellt, gewinnt sie einen unanfechtbaren Standpunkt, vor der Opposition sehr viel Kopfweh machen und Verlegenheit bereiten wird. Die Wähler werden in jenem praktischen Vorschlag kaum einen Beweis von „Reaction“ erblicken. Sie werden vielmehr sehen, daß es der Regierung um die Sache und nicht um einen möglichst effektvollen Sieg ihres Programms zu thun ist. Jetzt wird sich zeigen, wer Opposition um der Opposition willen treibt. Jeder ehrliche Liberale wird um muß die Frage, welche die Regierung den Wählern bei diesen Vorschlägen vorlegt — Aufhebung der vier untersten Klassensteuerebenen oder nicht? — im Sinne der Regierung beantworten, oder er befindet, daß ihm die Bekämpfung der Regierung das oberste Ziel seiner Politik, die Verwirklichung der Volkswirtschaft gleichgültig ist.

Es versteht sich von selbst, daß die Regierung hiermit nicht ihr Programm, sondern nur den Weg zur Ausführung desselben geändert hat — das Ziel bleibt dasselbe, wenn es auch auf langsamem Wege zu erreichen versucht wird. Wegen die Parteien ihre Verwirrung in der Bekämpfung allgemeiner Prinzipien finden, für die Regierung handelt es sich jetzt nur um einen erwünschten praktischen Vorschlag, über dessen Wesen und Bedeutung jeder Wähler selbst urtheilen kann, ohne sich von den allgemeinen Prinzipienfragen den Kopf verwirren zu lassen.

Freilich wird die Opposition versuchen, auch hieraus wieder Waffen gegen die Regierung zu schmieden. Um so mehr sollten es sich die Parteien, die allein das wahre Volksinteresse im Auge haben, anzuzeigen lassen, nun energischer die Regierung in der Verwirklichung dieses ihres gewiss von jeder „Reaction“ weit entfernten praktischen Vorschlags zu unterstützen.

Politischer Tagesbericht.

Höflichkeit und Freundschaftsbeziehungen seitens der Potentaten unter einander haben für ihre Wähler nicht mehr die Bedeutung wie früher. Nehmen diese Acte der Courtoisie jedoch den Charakter herzlichster Theilnahme an, dann darf man sie getrost als politisch bedeutende Thaten bezeichnen. Eine solche Courtoisie ist die Anwesenheit des Oesterreichischen Kronprinzenpaares bei den Manövern in Breslau, welche in diesen Tagen erfolgt. Wir wollen das Trophäenpaar des uns hoffentlich auf immer eng befreundeten, im Dienste der Kultur Seite an Seite mit uns dahin schreitenden Oesterreich, im Momente, wo es sich ansieht Deutschen Boden zu betreten, herzlich willkommen heißen und sind überzeugt, daß wir im Namen der gesamten Bevölkerung diesem Gesühle der Freundschaft den entsprechenden Ausdruck geben. Möge das Bild, das sich den Oesterreichern zeigen wird: der Deutsche Kaiser als Gastgeber des Oesterreichischen Thronfolgers, sich oft in der Zeiten Wandel wiederholen!

Die „Provinzial-Corresp.“ enthält in ihrer heutigen Nummer einen vierten Artikel über die Klassensteuer. Leider scheint in ihm wieder die unglückliche Hand die Feder geführt zu haben, der die Staatsregierung manche Schlappe aus der letzten Zeit verdankt. In einem ganz offensbaren Widerspruch mit allen Erörterungen Bismarcks über die Steuerreform kommt darin ein Passus vor, in welchem der Gedanke, das fuxirte Einkommen, das große Kapital für die zu Staatslasten heranzuziehen, von der Hand gewiesen wird.

„Wollte der Staat“, läßt sich nicht etwa ein Vorblatt, sondern das halbamtliche Regierungsorgan vernehmen, „jetzen Bedarf überwegend dem großen Kapital entnehmen mittelst hoher progressiver Vermögenssteuern, Erbschaftsteuern, procentualer und progressiver Besteuerung der Wärfen (1) u. s. m., so würde er den gewöhnlichen materiellen Bedarf eigentlichen Bevölkerung, nämlich die Kapitalbildung und das zu derselben gehörige Operationsfeld des Kapitals auf seinen Boden zerstreuen. Die Folge einer solchen Steuerpolitik würde sein, daß das deutsche Volk zum Spott sich der Kapitalbildung entwidme, im wirtschaftlich und eben in allen anderen Beziehungen unmaßhaltig auf die Stufe der Barbaren zu sinken.“ Am Schlusse des Artikels sucht wohl das halbamtliche Blatt diese sonderbare Deutung zu begründen. Es heißt da in der Form einer Entgegnung an Herrn v. Bennigsen, von dem angeblich der Vorschlag der Vertheuerung des Großkapitals ausgegangen sein soll:

„Die Staatsregierung weiß sehr wohl, daß bei Steuern sehr viel auf den guten Willen, auf die vortheilhafte Meinung der Be-

steuern ankommt. Sollte Herr von Bennigsen in der Lage sein, einen allgemeinen Gutwillen zu erregen für die Selbstdeklaration jeder Art des Einkommens und Vermögens, für rigorosische Erträge bei jeder Art von dabei unterlaufenden Irrthum oder Täuschung, für inquisitorische Kontrolle der gemachten Angaben in Bezug auf ihre Genauigkeit, so würde am Ende freilich die Staatsregierung sich die Frage vorlegen müssen, ob sie sich tröwen können, alle Art von angeblich unrichtigen der nationalliberalen Partei auf diesem Wege folgen zu dürfen.“

Hiergegen ist zunächst einzuwenden, daß der Vorschlag höherer Vertheuerung des Großkapitals, namentlich der Wärfen von Reichthümern herköhrt und von Bennigsen nur aufgenommen ist. Im Uebrigen aber können wir der Proc. Corresp. nur dann zustimmen, wenn sie in ihren obigen Auslassungen den Schwerpunkt auf die „hohen progressiven Einkommensteuern“, etwa nach Art der sozialdemokratischen Vorschläge, gelegt wissen will. Solche Steuern, aber auch nur solche würden allerdings die Kapitalbildung verhindern. An solche hat aber weder der Reichthümer noch Herr v. Bennigsen, noch sonst ein Verfechter der Capitalbildung verstanden. An solche hat aber weder der Reichthümer noch Herr v. Bennigsen, noch sonst ein Verfechter der Capitalbildung verstanden. An solche hat aber weder der Reichthümer noch Herr v. Bennigsen, noch sonst ein Verfechter der Capitalbildung verstanden.

Dieser Vorschlag, der nebenbei bemerkt die feste Grundlage des Steuerprogramms der conservativen Partei bildet und unseren Verhältnissen so recht angepaßt ist, hat bis weit in die Reihen des gemäßigten Liberalismus entzündende Anhänger gefunden. Wenn jetzt dieses ganze Project des Reichthümers ohne Weiteres von dem Organ der Regierung verworfen wird, so kann man es der „Nat. Ab. Corresp.“ nicht mehr verdenken, wenn sie heute als Parole anspricht.

Wir verrieth nachdrücklich will das Verhältniß selbst für die Grundhaltung, in der sich die Regierungsmehrheit auf dem Gebiet des Steuerwesens wie auf anderen Gebieten bewegt. Den conservativen Parteien wird es im Verein mit dem gemäßigten Liberalen obliegen, den gefundenen Gedanken des von Reichthümer früher entwickelten Steuerprogramms, den Kernpunkt ihres eigenen, aufrecht zu erhalten, trotz der abweichenden Meinung der Procins.-Corresp. und der gewiß nicht ganz unbedeutenden Schwierigkeiten einer genaueren Kontrolle der gemachten Angaben. Es wäre nicht noch zu traurig, wollte man Alles befeuern, nur fortan die Vorfälle nicht so, wie sie es verdienen.

Die „Leipziger Zeitung“ fordert auf, eine streng kaiserliche Partei in Deutschland zu bilden, indem sie die Dringlichkeit neuer Parteiorganisationen darlegt. Das Blatt schreibt:

Wir haben endlich dasjenige, was das langerrtheite Ziel aller nationalen Wünsche gebildet hat, ein einheitliches Reich, welches wiederum, wie in alten Zeiten, der Schwerpunkt und das Centrum des allgemeinen europäischen Lebens geworden ist. Leider aber ist auch heute noch die Einheit und die Macht der Nation gebildet hat, die anarchische Zerfahrenheit der einzelnen Glieder, Elemente und Parteien im Reiche. Statt sich nach dem laudenden Beispiele der deutschen Fürsten um die kaiserliche Einheit zu haaren, läßt Alles, selbst bei der höchsten Obacht vor Augen, in seine höchsten Interessen und Parteiaufstellungen auseinander. Die Parteien sind auf dem besten Wege, den sechsten Reichstag zu einer ähnlichen Nullität herabzubringen, als es der frühere zu Regensburg war. ... Wir haben jetzt einen Kaiser und einen Reichständer, an deren Reich und Verdienst sich gewöhnliche Vöer mehr hingewandt und wir haben es doch erleben müssen, daß die Niederlage der kaiserlichen Politik im Reichstage wie ein Triumph von den Parteien gefeiert worden ist. Wir bebühren eine Partei im Reiche, deren Grundtag der Aufschuß und das einträgliche Zusammenwirken mit dem Kaiser und seinen Verbündeten und ihrer Politik ist.

Die „Reichsbote“, hat dieser Tage eine Artikelserie über „die sozialen Gefahren des Einjährig-Freiwilligenwesens“ veröffentlicht, worin für eine Beschränkung dieser Berechtigung auf diejenigen plaidirt wird, die wirklich wissenschaftlichen, akademischen Studien sich widmen und diese auf zwei bis drei Jahre höchstens beschränken zu unterbreiten können. Es sei nicht abzusehen, warum schon allein ein größeres Quantum von Schulkenntnissen eine solche militärische Vergünstigung begründen solle, die schließlich thausendfach auf nichts Anderes, als auf eine Vergünstigung der wohlhabenden Bevölkerung vor den armen hinausläufe. Wir brauchen eine Weile kaum anzunehmen, daß der „Reichsbote“ damit lediglich eine Beistandtsaufspricht, die im ganzen Lande nur Wenige mit ihm theilen werden. Wenn es sich um die maßgebenden Kreise handelt, dann denkt, die bewährte Institution des einjährig-Freiwilligenwesens irgendwie abzuändern, denn sie gehört zu den Fundamenten unserer Reorganisationspolitik. Aber bedeutsam bleibt es, daß gerade ein conservatives Blatt sich darin gefällt, an bestehen zu rathen, noch bedeutsamer, daß mit der obigen Begründung der Vorschlag motivirt wird. Ein sozialdemokratisches Blatt könnte sogleich mit anderen Gründen gegen das populäre Institut der Einjährig-Freiwilligen vorgehen; sie finden ein Seitenstück zu den Erzählen über das „Patrimonium der Entscherten“, die während der vorjährigen Reichstagswahlkampagne eine stehende Rubrik in conservativen Blättern ausmachten und zur Folge hatten, was sie unter den obwaltenden Verhältnissen zur Folge haben zu müssen, daß alle Freunde der conservativen Sache dieser den Rücken kehren und viele schon mit einem Fußke in conservativen Lager Stehende sich kopfschüttelnd wieder zurückzogen.

Als völlig unabhängiges, außerhalb jedes Fraktionsverbandes stehendes Blatt glauben wir constatiren zu sollen, daß das, was der „Reichsbote“ hier und bei so vielen ähnlichen Gelegenheiten ausdrückt, absolut unconservativ ist und von dem Grob der conservativen Partei radikallos verurtheilt wird, daß überhaupt die Hintermänner des „Reichsbotes“ kaum noch Fühlung haben mit denen, welche, als maßvolle und besonnene Männer, allein

Anspruch darauf haben, als Vertreter des verständigsten und daher zukunftsfähigsten Conservatismus angesehen zu werden.

Wie man dem „Deutsch. Tagbl.“ merket, ist die Einsprache des Berliner Magistrats gegen die Aufkündigung der Statutenverordnetenversammlung vom Kaiser zurückgewiesen worden. Bekanntlich handelt es sich hier nicht um eine disciplinarrichterliche Maßregel gegen die frammo fortschrittliche Berliner Stadtvertretung, sondern nur um Befestigung der Unantastbarkeit, welche das unerwartete große Wadsthum der Stadt mit Bezug auf die Begrenzung der einzelnen städtischen Wahlbezirke hervorgerufen hat. Die bisherige Bezirkseinteilung stimmt noch aus einer Zeit, in der Berlin kaum den dritten Theil seiner heutigen Einwohnerzahl zählte, einzelne Stadttheile finden daher gegenwärtig auch nicht im Entferntesten eine ihrer Größe entsprechende Vertretung. Wenn hier ausgleichend gewirkt wird, so ist das nur gerecht; mit irgend welchem schiefhügigen Begleichmaß ist die von der Staatsregierung befohrwortete Maßregel nicht beilegt, so fern die fortschrittliche Presse sie mit einem solchen Befehle bestrafen möchte.

Herr Eugen Richter hat, als er in Bismarck seine Candidatur zurückzog, einen in seinem Mund: nachstapf klaffenden Ausdruck gebraucht, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Er sagt:

„Indem ich also zurücktrete, unterhalte ich Herrn Müllers Candidatur aus folgenden Gründen: An Müllern haben wir im Landtag keinen Mangel, aber Mangel an guten Bestimmungen. (5) Versteht sich, hinter haben wir zur Genüge, aber es fehlt uns an einheimischen Männern, die Land und Leute kennen, an zuverlässigen Leuten bei der Abstimmung.“ Abgeordnet mit einer großen Geschicklichkeit und mit einem Rebermental ausgestattet, bringen wir nicht, aber Männer mit praktischem Sinn, die die Verhältnisse des Landes kennen.“

Wenn Herr Richter und seine Freunde doch nicht diese Maßnung beizugehen wollten, dann würde es um unsern Parlamentarismus ererblich besser stehen. Bei dem fortschrittlichen Dictator scheint insofern weniger die Rücksicht auf die Interessen der einzelnen Wahlkreise bestimmend für jenen Auspruch gewesen zu sein, als der Wunsch, neben sich von keiner Capacität genirt zu werden und das Bestmögliche in Händen zu behalten.

In der „Volksz.“ wird übrigens der Rückzug des Herrn Richter von Bismarck mit folgendem Gesplätz beedert:

Richter sprang persönlich in Bismarck ein, um nicht durch den Mangel eines standhaften den Kreis den nationalliberalen Freunden Herrn Hänel's in die Hände zu geraten zu lassen. Nachdem durch die Selbstständigkeit der Reichstagsmitglieder gekündet und die gewonnene Zeit benutzt war, einen passenden fortschrittlichen Kandidaten zu finden, konnte und mußte Richter zurücktreten, der seine persönliche Kraft für Wahlkreise zu rekrutieren hat, wo sie dringender nötig ist, als zu dem Siege über Bismarck.

Warum Herr Richter den Bismarcker Kreis nicht, den nationalliberalen Freunden Herrn Hänel's überlassen wollte, verrieth er in seiner autographischen Correspondenz. Da heißt es:

„Da nun unter den jetzigen 85 Nationalliberalen (des Abgeordnetenhauses) eine große Zahl ist, die kaum jemand noch für liberal hält, so ist klar, daß eine wirklich liberale Mehrheit nur durch die Jutification der Nationalliberalen erfolgen kann.“

Und die Nationalliberalen sind frohgemut dabei, bei den Wahlen ihren Aufmarsch nach links zu nehmen!

Ein französisches Urtheil über Deutschlands Lage.

Das plötzliche Emporkommen des französischen Chauvinismus hat u. A. auch das Gute gehabt, daß einträgliches Warnungsrufe von Kennern deutscher Verhältnisse an die französische Nation gerichtet worden sind, sich über die Zustände in Preußen nicht zu täuschen. Dahin gehört ein Urtheil in der Revue des Deux-Mondes aus der Feder des Herrn Grad, der zwar deutscher Reichstagsabgeordneter für Groß-Botringen, seiner ganzen Denkmäts nach aber Franzose vom reinsten Wasser ist und dessen Urtheil daher wohl mit Recht als das eines Franzosen über Deutschland gelten kann. Derselbe unterzieht die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands einer Kritik und gelangt dabei zu dem Schlusse, daß die Franzosen sich außerordentlich täuschen würden, wenn sie aus den jetzt erregten deutschen Parteistimmen und parlamentarischen Vorgehens folgern wollten, das deutsche Volk würde dem Auslande gegenüber nicht einig sein, es befände sich in wirklichen finanziellen Mäthen, es werde von Steuern erdrückt oder bergl. In den kleineren deutschen Staaten, wo vor der Begründung des Reiches die öffentlichen Lasten geringer waren, als jetzt, empfinde man, so beklagt Herr Grad seine französischen Leser, allerdings die Erhöhung der Steuern schmerzhaft.

„Aber“, so fährt er fort, „behaupten, wie man es auf der anderen Seiten der Bogenen verliert, daß die Deutschen nicht lange ihre militärischen Vahlen ertragen würden, das heißt, den wirklichen Stand der Dinge und der öffentlichen Meinung schlicht mittheilen zu lassen, erheben sich die Männer der Opposition, die, welche für die fortschrittlichen Kandidaten stimmen, ebenso wie die konservativen, sobald die Regierung die Seite des Patriotismus berührt; und wenn diese letzte Regierung eine nationale Gefahr ankündigt, oder zeigt, daß der Boden des Vaterlandes bebrot ist, dann eilen die Bahren und Würmerberger, ihre partikularistischen Beschwerden vorzulegen, herbei und reihen sich raich an der Seite der verabschiedeten (1) Preußen ein; unter der nationalen Fahne giebt es nur ein Deutsches, welche der nationalen Heiligkeit gebühren.“

Herr Grad weiß dann durch Vergleichung der betreffenden Zahlen nach, daß in Frankreich die allgemeinen Staatsausgaben, die Steuern, die Staatsschulden, die Kosten der Armee ungleich größer sind, als in Deutschland, um auch dadurch den Franzosen begreiflich zu machen, daß sie sich in Illusionen wiegen, wenn sie auf eine vermeintliche Unerträglichkeit der finanziellen Zustände in Deutschland spekuliren.

Um des Verrientes willen, welches Herr Grad sich durch diese Darstellung, die den Franzosen schwerlich wohl verdräglich sein können, erwirbt, mag der deutsche Leser über eine Anzahl kleiner Vorkesseln hinwegsehen. Herr Grad verrieth, daß ganz Deutschland „verpreußt“ werde; erzählt, die Bedeutung der einzelnen Bundesstaaten sei derart auf Null reduziert, daß ihre



zur Rettung der Armen zu veranlassen. Der Sicherheits-Kommissioner eite zum Ruffe, unterwegs schloß sich ihm ein gewesener...

Frankreich. Angesichts der Cholera-Epidemie, die uns von Indien und Ägypten zu bedrohen scheint, ist eine Statistik der...

lokales. Halle, den 7. September. Es war ein überaus kaltes, welches gestern Herr Melini mit seiner zu bedeutend ermäßigten Preisen gegebenen...

Handelsmann G. F. G. Schmidt Tochter, 3 Tage, Schwäche, Burgstraße 9. Meldungen vom 1. September. Göttingen: Dem Richter J. F. Schuler eine Tochter, Brunnstraße 9...

Hallscher Tages-Kalender und Lokal-Anzeiger. In dem Anzeiger werden Anzeigen, die den Raum bis zu fünf Zeilen gewöhnlicher...

Kirchliche Anzeigen. In Glaucha: Ab. 8. Abendmahl Pastor Knuth. Chausseegemeinde: Freitag den 8. Septbr. Ab. 6 1/2 Uhr Gottesdienst...

Restaurant Reichskanzler, Leipzigerstraße 18, 1. & 2. Etage. Halle's größter Billardsalon. Mittagstisch Suppe 2 Gänge 75 Pf. Bier und Wein...

Freiwilliger Verkauf. Das von Waidher'schen Erben gehörige, hieselbst am Hofmarkt belegene Wohnhaus, worin sich mehrere größere...

